

## Der Zugang zu Fördermitteln für den Wald ist oft noch schwierig

Bei einer Waldbegehung in Titisee-Neustadt mit der SPD-Bundestagsabgeordneten Rita Schwarzelühr-Sutter fordern Waldbesitzer bessere Rahmenbedingungen. Speziell für den klimastabilen Waldumbau.

**TITISEE-NEUSTADT** Die SPD-Bundestagsabgeordnete und Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium, Rita Schwarzelühr-Sutter, informierte sich bei einer Waldbegehung in Titisee-Neustadt über die Herausforderungen und Chancen des Waldumbaus in Zeiten des Klimawandels. Begleitet wurde sie von Vertreterinnen und Vertretern aus Forstwirtschaft, Kommunalpolitik und Verwaltung sowie zahlreichen privaten und kommunalen Waldbesitzern.

### Waldumbau

Im Fokus der Diskussion stand der Waldumbau hin zu klimastabilen Mischwäldern. Am Beispiel von Flächen der FBG Neustadt-Schollach. „Unser wichtigstes Ziel ist es,

dass auch noch unsere Kinder von der Waldwirtschaft leben können“, betonte Waldbesitzer Martin Tritschler laut einer Mitteilung aus dem Büro Schwarzelühr-Sutter. Auch gebietsfremde Arten wie Douglasie werden in gewissem Umfang eingesetzt.

### Wildverbiss

Ein drängendes Problem sei der hohe Wildbestand, insbesondere Rehwild, der die natürliche Verjüngung junger Bäume teilweise erheblich erschwere. Obwohl größere Waldbesitzer eigene Jagdstrukturen haben, seien sie dennoch durch benachbarte Flächen mit geringem Jagddruck betroffen. Hier wurde ein koordiniertes Vorgehen gefordert.

### Forstförderung

Die Waldbesitzer betonten die Bedeutung von bedarfsgerechten forstlichen Fördermaßnahmen, insbesondere innerhalb der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK). Dass dieses Programm vom Bund weitergeführt wird, wurde ausdrücklich begrüßt. Manche Gelder, wie die zur Jungbestandspflege, stünden aber nicht allen Forstbetrieben zu Verfügung, oder es fehle an den erforderlichen Mitteln, wie beim Bor-



Vertreter von Forstbetrieben, Forstbetriebsgemeinschaft und Kammer trafen sich mit der SPD-Bundestagsabgeordneten Rita Schwarzelühr-Sutter (Fünfte von links).

FOTO: JENS BORCHERS

kenkäfermonitoring. „Die Länder stehen in der Verantwortung, die Möglichkeiten der GAK voll auszuschöpfen“, betonte Schwarzelühr-Sutter. Bund und Länder müssten gemeinsam für eine gute Ausstattung und Ausgestaltung der forstlichen Förderung sorgen.

### Entwaldungsverordnung

Mit Blick auf die EU-Entwaldungsverordnung war man sich einig, dass es in Deutschland kein relevantes Entwaldungs-

risiko gebe. Die Anforderungen an Waldbesitzer – insbesondere die Geolokalisierung der Holzmengen – seien aufwendig und schwer umsetzbar, vor allem bei unplanbaren Kalamitäten wie Käferbefall. Die Forderung: Verlagerung der Sorgfaltspflicht auf die Forstbehörden statt auf die einzelnen Waldbesitzer. Hier sicherte Schwarzelühr-Sutter zu, dass sich die Bundesregierung für die sogenannte „Null-Risiko-Variante“ und eine Entbürokratisierung einsetze. Sie betonte laut Mitteilung die gemeinsame Ver-

antwortung von Bund und Ländern und lobte die lösungsorientierte Haltung der regionalen Waldbesitzer. „Die Wälder stehen vor gewaltigen Herausforderungen“, so Schwarzelühr-Sutter. „Ihr Erhalt und ihre Pflege ist ausschlaggebend für die Identität unserer Region, aber auch für den Umgang mit dem Klimawandel. Es ist entscheidend, dass wir die Waldbesitzer und Forstleute als zentrale Akteure des Waldumbaus frühzeitig einbinden.“ Die Erfahrungen aus der Praxis seien unverzichtbar. **BZ**